

Offener Brief an die Gewerkschaft der Polizei in Frankfurt a.M.

Betreff: Samstag, den 19.03.2022 „Newroz“ das kurdische Neujahrsfest im Rebstockpark

Sehr geehrte Damen und Herren der Polizei in Frankfurt,

uns ist klar, dass Sie als Beamte Befehlsempfänger sind. Für die Befehle sind andere zuständig.

Die Gewerkschaft der Polizei sollte der Ort sein, wo Sie auch laut denken dürfen. Deswegen richten wir dieses Schreiben an Sie.

Viele Ihrer Kolleg:innen waren am Samstag Augenzeugen.

Wir Kurd:innen brauchen Ihren Schutz von außen. Vielen Dank dafür. Schließlich ist eine der größten organisierten rechtsradikalen Organisationen in Deutschland die „Grauen Wölfe“ aus der Türkei:

NZZ, Neue Zürcher Zeitung, 26.04.2021:

«Ein Instrument in Erdogans Werkzeugkasten»: Die Grauen Wölfe reden von einer türkischen Herrenrasse und wollen in der deutschen Politik Fuss fassen

Manche von ihnen bedrohen Kurden und Armenier, andere geben sich zahm und werden Mitglied in deutschen Parteien. In der Bundesrepublik stellen türkische Nationalisten eines der grössten rechtsextremen Milieus dar, wie eine neue Studie zeigt. [...]

Manche glaubten, es handle sich um einen «Türkenkonflikt». Letzten Endes gehe es aber um Deutschlands freiheitlich-demokratische Grundordnung.

<https://www.nzz.ch/international/deutschland/ein-instrument-erdogans-tuerkische-rechtsextreme-in-deutschland-ld.1613536>

Am Samstag konnten viele Ihrer Kolleg:innen sehen, dass Ihre Anzahl völlig überdimensioniert war. Vielen von uns störte das Bild, dass die Polizei in Frankfurt von sich zeigen musste, mit diese vielen schwerbewaffneten 4er-Gruppen Rücken an Rücken und der Masse an aufgefahrener Polizeipräsenz. Sind wir wirklich so eine Gefahr für Frankfurt? War dieser Aufwand gerechtfertigt?

Aber Ihre Aufgabe ist ja nicht nur unser Schutz, sondern Sie müssen ja auch „verbotene Symbole“ vermeiden. Das der deutsche Umgang mit diesen Symbolen ein deutscher Alleingang ist in Europa, dass wissen nur wenige. Die meisten Medien „versessen“ leider ihren Nutzern das mitzuteilen.

Was Sie zu diesem Thema wissen sollten:

Jetzt am Sonntag z.B. wurde in Paris, Marseille, Lyon und Reims Newroz gefeiert, mit sämtlichen in Deutschland verbotenen Symbolen ohne Sanktionen, wie immer in **Frankreich**. In der **Schweiz** gibt es kein PKK-Verbot. **Belgien** hat vor wenigen Jahren das PKK-Verbot aufgehoben, nach einem langem Gerichtsstreit. Großbritannien, Skandinavien und die Niederlande verhalten sich ähnlich. Diesen unterschiedlichen Umgang verfolgen die Kurden tagtäglich in ihren Medien.

Das deutsche PKK-Verbot wird nächstes Jahr 30 Jahre alt. Jedoch die Erweiterung um das Porträt von Abdullah Öcalan ist erst 5 Jahre alt. Wahrscheinlich, im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsdeal, hatte Deutschland sich im März 2017 dazu von Erdogan erpressen lassen. Einige Zitate aus der Zeit:

1.:

WAZ, Essen am 11.03.2017 unter dem Titel: „**Kritik an Ausweitung von PKK-Verbot**“

„Die PYD [Partei der Kurden] und die YPG [kurdische Kämpfer] sind in Syrien die wichtigsten Partner des Westens im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“. Der außenpolitische Sprecher der

Linksfraktion, Jan van Aken, nannte das Verbot im Gespräch mit der NRZ „unfassbar“. Die Maßnahme sei ein „totaler Kniefall vor Erdogan“, so van Aken weiter. Die Türkei bekämpft beide Organisationen wegen ihrer Nähe zur PKK als Terrororganisationen.

Omid Nouripour, der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, zeigte sich gegenüber der NRZ irritiert: „Entweder ist die YPG ein Partner, dann sollte man ihre Zeichen nicht verbieten. Oder sie ist eine Terrororganisation, dann sollte die Bundesregierung nicht mit ihr arbeiten.“ “

<https://www.waz.de/politik/kritik-an-ausweitung-von-pkk-verbot-id209899207.html>

2.:

„In der Türkei-Krise müsse man „deeskalieren, wo immer man nur kann“ und „auf besondere Empfindlichkeiten eingehen“, sagt Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries [SPD] im ZDF.“ [am 12.03 2017]

<https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/wirtschaftsministerin-brigitte-zypries-spd-im-berlin-direkt-interview-100.html>

Am Samstag spielte es keine Rolle, weil wir Kurden und ein paar Freund:innen unter sich waren. Aber auf Demonstrationen, wo wir die Öffentlichkeit erreichen wollen, empfinden wir dieses Verbot als Betrug an der deutschen Öffentlichkeit. Unsere Sympathie für die Demokratiebewegung in Kurdistan wird der Öffentlichkeit vorenthalten:

Im Nordsyrien, in „Rojava“ leben die Menschen diese Basisdemokratie, nach den Ideen von PKK-Gründer Abdullah Öcalan. Sie versuchen so Fluchtgründe zu vermeiden. Im Schatten des Ukraine-Krieges bombardiert die Erdogan-Türkei weiter diese Regionen. Vor guten 7 Wochen sind 121 junge Menschen gefallen, bei der Niederschlagung eines Aufstandes der sogenannten IS-Terroristen. Die IS-Terroristen hatten versucht ihre Leute zu befreien, die in den von Kurden geführten Lagern gefangen gehalten werden. Über 200 IS-Kämpfer und IS-Gefangene sind in diesem Kampf getötet worden. Der Westen lässt die Kurden seit Jahren allein mit diesen Problemen (mehr Informationen dazu finden sie in unseren „kleinen Pressespiegeln“ auf unserer Homepage).

Dieser Konflikt ist nicht vergleichbar mit anderen Konflikten in der Welt. Viele unserer Leute leben in Deutschland und sind mittlerweile deutsche Staatsbürger. Sie sind Zeugen. Nach Ihren Angaben waren wir am Samstag 17 000. Wir denken bei mindesten ein Drittel mehr liegen wir näher an der Wahrheit. Menschen aus Kurdistan machen unter den Zugewanderten mittlerweile die größte Gruppe aus und auch das hat kaum einer mitbekommen. Wir erleben ständige diese deutsche Doppelmoral:

Wann enden die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei ?

Wie lange noch darf die Türkei, uneingeschränkt von der NATO, syrische Regionen besetzen ?

Wo sind die Sanktionen gegen die Türkei ?

Wie lange kann es sich der „Westen“ noch leisten, die basisdemokratische Selbstverwaltung der Kurden im Nordosten Syriens (in Rojava) zu verraten ?

Ab wann wird der Verrat unserer Werte zur Gefahr für unsere Demokratie ?

Wir wissen, dass die allermeisten von Ihnen und Ihren Kolleg:innen gut und gerne auf eine Tapferkeitsurkunde von der Erdogan-Türkei verzichten können.

Ein Bruchteil Ihrer Beamten hätte ausgereicht, um uns am Samstag von außen zu schützen.

Vielen Dank für Ihren Schutz, aber viele Fragen bleiben offen.

Die Frage: „Hat Deutschland diese Staatsmachtdemonstration gegenüber den Kurden nötig?“ müssen wir an das Hessische Innenministerium stellen und evtl. den Bund der Steuerzahler informieren. Deswegen geht dieser „offene Brief“ auch an die Frankfurter Politik, Medien und Weitere.

Mit freundlichen Grüßen

AK-Öffentlichkeitsarbeit